

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr.: 9/07

MBI-Geschäftsstelle
Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Was ist noch gescheit nach dem Bürgerentscheid?



Am 9. September fand in Mülheim der Bürgerentscheid statt:

33.014 Mülheimer nahmen daran teil, davon stimmten 24.297 mit Ja (73,74%) und 8652 mit Nein (26,26%). 2768 Stimmen fehlten bis zum 20%-Quorum in NRW, denn die 24.297 entsprechen 17,95% aller 135.000 Wahlberechtigten. Obwohl SPD, CDU, FDP, Grüne und der gesamte Verwaltungsvorstand zum Nein aufgerufen hatten und dafür auch aufwendig „Wahl“kampf betrieben, reichte dies nur für 8652 Stimmen.

Trotz der regelrechten Propagandaschlacht einer "Einheitsfront" der Parteien SPD, CDU, FDP und Grünen für ein NEIN beim Bürgerentscheid und trotz der einseitigen und unfairen Beeinflussung der Bürger durch die Stadt stimmten 3/4 der Bürger, die am Bürgerbegehren teilnahmen, für ein Ende des Privatisierungswahns und gegen diese Quasi-Allparteienkoalition.

Also haushoch gewonnen und trotzdem ist der Bürgerentscheid "gescheitert"? NRW-Demokratie...? Dass dieses eindeutige Votum nun rechtlich nicht bindend ist, liegt an der Angst der Parteien in NRW vor der Bevölkerung. Die Schweizer, und selbst die Bayern sind da entscheidende Schritte weiter. In der Schweiz gilt ein „Zustimmungsquorum“ schlicht als „demokratiefeindlich“, in Bayern gibt es für Großstädte ein 10%-Quorum. 33.000 Mülheimer/innen war das Anliegen des Bürgerbegehrens offenbar so wichtig, dass sie wählen gingen. Den anderen war es unwichtig oder sie waren aus sonstigen Gründen verhindert - was auch ihr gutes Recht ist. Nicht einmal die Angstkampagne der Stadt und der Parteien ("Dein Nein rettet meine Schule") konnte sie motivieren, zur Urne zu gehen.

Was bedeutet nun das Ergebnis des Bürgerentscheids?

Ein Freibrief für "Weiter wie gehabt"? Eine schwere Schlappe für die Privatisierer? Oder die letzten Zuckungen einer ernsthaft kränkelnden Demokratie oder alles gleichzeitig?

Lesen Sie mehr dazu auf den folgenden Seiten

Bürgerentscheid 2007 gegen weitere Privatisierung in Mülheim: (K)eine Sternstunde der Demokratie oder doch?

Der Bürgerentscheid in Mülheim am 9. Sept. hatte vor allem 2 Ergebnisse:

- I. ÖPP-Modelle ("Öffentlich Private Partnerschaft") als Wundermittel für überschuldete Städte wurden entzaubert und in die Reihe der anderen Privatisierungen gestellt. Windige Finanzierungsmodelle mit "Forfaitierung und Einredeverzicht" wurden endlich auch öffentlich diskutiert.
- II. Die Altparteien haben sich fürchterlich blamiert incl. der gesamten Stadtspitze.

Stadtspitze und die Alt-Parteien sollten in sich gehen.

Sie konnten kaum jemanden überzeugen, dass ÖPP-

Modelle das angepriesene Allheilmittel darstellen, im Gegenteil! Auch die Landesregierung sollte schleunigst überlegen, wie sie die Bestimmungen zu Bürgerentscheiden endlich auch in NRW demokratieverträglicher gestaltet.

NRW-CDU-Fraktionschef Stahl prangerte in der Hauptüberschrift der WAZ vom 10. Sept. die „Verbalsöße“ der Parteien an, die nur noch Marketingsprache benutzten. Die Art und Weise, wie die vereinte Mülheimer Stadt- und Parteienprominenz - von Mühlendorf, Steinfort, Flach, Schmidt, Esser, Wiechering, Behrendt, Bonan etc. bis hin zum Parteiennachwuchs im Jugendstadtparlament - die Mülheimer Bevölkerung zum Bürgerentscheid für blöd verkaufen wollte, war ein sehr anschauliches Beispiel für die Feststellung von CDU-Stahl. Das ist leider aber nur die Spitze des schmelzenden Eisbergs einer kränkenden Demokratie, die wieder lernen muss, ihre Bürger ernster zu nehmen.



Drei Viertel der Wähler haben zum zweiten Mal binnen zwei Jahren jeglicher Form der Privatisierung eine Abfuhr erteilt. In einer funktionierenden Demokratie würden die Mülheimer Stadtoberen das Ergebnis des Bürgerentscheids als Votum verstehen, die Finger von Privatisierungen oder PPP zu lassen. Doch in Mülheim gehen bekanntlich die Uhren häufig anders

Die Bürgerinitiative „Mülheim bleibt unser!“ traf sich am 19. Sept. und alle waren sich einig, dass mit dem Entscheid vom 9. Sept. nichts abgeschlossen ist, im Gegenteil. Die Diskussion

und die Auseinandersetzungen um eine Zukunft unserer Stadt ohne weiteren Ausverkauf hat mit dem Bürgerentscheid erst begonnen. **Die Bürgerinitiative macht weiter, sie wird sich auch in Zukunft einmischen und gegen den Ausverkauf unserer Stadt agieren!**

Vielen Mülheimer Bürgerinnen und Bürgern, die Geld und Freizeit geopfert haben, um dieses Anliegen zu unterstützen, gilt nicht nur der Dank der Initiatoren, sondern auch Hochachtung vor so viel Gemeinsinn und Engagement. Und immerhin: 24.300 Mitbürger ließen sich nicht verwirren oder einschüchtern - ermutigend! **Nächstes Treffen der BI „Mülheim bleibt unser!“ am Mittwoch, dem 17. Oktober, um 19 Uhr in der MBI-Geschäftsstelle, Kohlenkamp 1.**

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid 2007

1. Als im Februar die Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren begann, ging es um die Erneuerung des Bürgerentscheids aus 2005, dessen Bindungswirkung am 27. Feb. auslief. Ein wesentlicher Punkt war die Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft als ÖPP. Dies war durch den Bürgerentscheid aus 2005 nicht zulässig, was aber bei der Stadt Mülheim niemanden daran hinderte, alles incl. europaweiter Schein-Ausschreibung zu tun, um sie am 1. März zu beschließen. Das wurde wegen Verhandlungsproblemen auf den 22. März verschoben und dann auf Teufel komm raus beschlossen, und zwar noch viel schlimmer zu Ungunsten der Stadt als jemals befürchtet!

Verkaufen Sie jetzt - Bezahlen Sie später



UNSERE WELT WIRD PRIVATISIERT

DER GROSSE AUSVERKAUF
EIN FILM VON FLORIAN OPITZ

2. Unabhängig davon lehnte die Ratsmehrheit den Antrag ab, die Entscheidung wegen des neuen Bürgerbegehrens zu verschieben, obwohl bereits absehbar war, dass genügend Unterschriften zustande kommen würden - eine überdeutliche Mißachtung des Bürgerwillens!

3. Die BI "Mülheim bleibt unser" sammelte trotzdem weiter, denn der zweite aktuelle Punkt, die geplanten ÖPP-Modelle zur Schulsanierung, sind die siamesischen Zwillinge des Millionengrabs Ruhrbania! ÖPP ist die neue Strategie der Privatisierungswütigen, um in weitere Bereiche der Daseinsvorsorge einzudringen.

4. Als die Parteien-Demokraten merkten, dass es ernster werde und ihre Privatisierungspläne gefährdet werden könnten, schalteten sie um auf das, was sie aus ihren Wahlkämpfen her kennen: Zuspitzung der Thematik und Verengung auf „Schulsanierung Ja oder Nein“, Diffamieren der „Gegner“, Verwirrung und Stimmung erzeugen, Materialschlachten usw.

5. Die BI "Mülheim bleibt unser" konnte insgesamt wenig besser machen: Gegen soviel Geld und gegen den einseitigen Ge- bzw. Missbrauch der Stadtverwaltung war sie ohne eine geballte Kraft wie ver.di machtlos bei dem viel zu hohen Quorum für Bürgerentscheide in NRW. Das einzige im Nachhinein: Man hätte zwar die Unterschriften ein halbes Jahr eher starten sollen. Doch wäre es beschämend für eine Demokratie, wenn man für einen 2 Jahre gültigen Bürgerentscheid bereits nach eineinhalb Jahren Unterschriften sammeln müsste!

6. Es ist traurig, dass auch in Mülheim noch zu viele Menschen vom TINA-Syndrom (There is no alternative) befallen sind: „Die machen doch sowieso, was sie wollen“ ist die verheerende Einstellung der Mehrheit - keine gesunde Grundlage für Demokratie.

7. Ohne das Bürgerbegehren bzw. den Entscheid wären einige wesentliche Dinge in unserer Stadt überhaupt nicht thematisiert worden. Selbst wenn diese Wiederbelebungsversuche für die Demokratie im hektischen Alltagschaos unserer Stadtpolitik vergessen würden, wird es den „Mächtigen“ in unserer Stadt nicht mehr genauso leicht fallen, bis zur Kommunalwahl 2009 einiges fast unbemerkt durchzusetzen wie geplant! Und das ist bereits ein Riesenerfolg!

Mülheim - Tal von Ahnungs- und Rechtlosigkeit?

Am 20. Sept. war Ratsitzung in Mülheim mit dem Offenbarungseid, der einer Bombe gleichkommt: Unter Mitteilungen am Ende der Sitzung verkündete Baudezernentin Sander beiläufig die neuesten Irrungen und Verwirrungen: Die Ruhrbania-Grundstücke müssten doch EU-weit ausgeschrieben werden. Das wichtigste Grundstück mit den Gartendenkmal der Ostruhranlagen soll deshalb schnell vorher noch Ende September an Reggeborgh verkauft werden. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Januar(!) 2007 war die gesamte Vertragskonstruktion, die am 22. März beschlossen wurde, vergaberechtswidrig! Das war bereits im März so und musste der Stadt, dem Investor und dem teuren RA-Büro, das die Verträge schrieb, bekannt sein. Die Stadtspitze hat also die Bevölkerung, die Medien und die Ratsfraktionen über Monate im Unwissen gelassen, dass nämlich die Ratsbeschlüsse vergaberechtswidrig und damit nichtig sind! **Durch diese bewusste Irreführung der Öffentlichkeit wurde auch massiv und unrechtmäßig der Ausgang des Bürgerentscheids manipuliert!**

Seit Monaten wurde der Eindruck erweckt, die Verträge zur Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft (RPG) seien längst unterschrieben. In Wirklichkeit aber ist bis heute nichts geklärt, im Gegenteil! Die Mülheimer hätten zum 9. September aber wissen müssen, dass sie mit einem Ja zum Bürgerentscheid auch über die RPG mitentscheiden hätten können. Dann wären wahrscheinlich noch viele mehr als nur die zum 20%-Quorum fehlenden 2700 zusätzlich zur Wahl gegangen und hätten das undemokratische NRW-Quorum hinweggefegt! So aber glaubten alle, es ginge nur um die für viele undurchschaubaren ÖPP-Modelle zur Sanierung und Betreibung von Schulen!

Ist also das Ruhrtal zwischen Mintard und Speldorf ein Tal von Ahnungs- und Rechtlosigkeit, weil ähnlich wie seinerzeit in Dresden (DDR-Jargon "Tal der Ahnungslosen") die Übertragung ungefilterter Nachrichten unterdrückt wird?

**ÖPP tut später weh, dann aber richtig!
Letzte Ausfahrt mit dem Bürgerentscheid knapp verfehlt?
Nun in die Sackgasse der ÖPP-Schuldenfalle? Bitte nicht!**

Als neue Form der Privatisierung und wie ein Wundermittel für überschuldete Städte werden PPP-Modelle angepriesen, auf deutsch ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft). Dabei sollen Baufirmen wie Hochtief nicht mehr nur bauen, sondern langfristig auch die Gebäude selbst betreiben. ÖPP klingt gut, hat aber in der Realität mit gleichberechtigter Partnerschaft oft nichts zu tun. Erste Mülheimer Beispiele:

Beispiel 1: Die Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft (RPG): Über Jahre gaukelten die Ruhrbania-Fans Mühlenfeld/Sander/Schnitzmeier allen vor, bei Beteiligung einer privaten Firma an der RPG würde der Private die hochkomplizierte Baureifmachung der Promenadengrundstücke vorfinanzieren, was durch spätere Grundstücksverkäufe und Landeszuschüsse zurückbezahlt werde. Als im März der „Partner“ Reggeborgh vorgestellt und die Verträge abgestimmt wurden, zeigte sich, dass alleine die Stadt alles zahlt und für alles haftet, während der „Partner“ bestimmen darf und auch noch Millionen für Projektmanagement kassiert. Und jetzt nach dem Bürgerentscheid musste auch noch zugegeben werden, dass die gesamten Verträge mit Reggeborgh vergaberechtswidrig sind!

Wenn dann demnächst auch noch bei mehreren Schulen en bloc, beim Berufsschulzentrum, bei der „Zukunft“schule Eppinghofen von und mit Hochtief, bei Kindergärten, städtischen Altenheimen usw. ähnliche langfristige Verpflichtungen „mit Einredeverzicht“ eingegangen werden sollten, bleiben in unserer bereits jetzt hyperverschuldeten Stadt als Gestaltungsmöglichkeiten



fast nur noch die Schließung von nicht PPP-Einrichtungen und das Zurückfahren städtischer Leistungen.



Beispiel 2: SKE, die Tochter des weltgrößten Baukonzerns Vinci, soll per PPP das Medienhaus am Viktoriaplatz bauen und 25 Jahre betreiben. Das wurde im Rat der Stadt am 14. Juni beschlossen, obwohl der entscheidende Vertrag über die sog. „Forfaitierung mit Einredeverzicht“ nicht vorlag. Die Stadt verpflichtet sich darin, auf 25 Jahre mit Widerspruchsverzicht einen Festbetrag bei der Bank zu zahlen, die die SKE-Forderungen kaufte, egal was sonst rund um das Medienhaus passiert.



Privatisierung von städtischen Pflichtaufgaben ist und bleibt ein Irrweg, egal ob 10, 24 oder 124.000 Mülheimer/innen sich am Bürgerentscheid beteiligen!